# DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO AUSGABE 12 · Dezember 2018



**Forstwirtschaft**
Wie der Klimawandel das Ende der Fichten einläutet
Seite 3

**Energiepolitik**
Warum sich die Zahl der Windräder verdreifachen könnte
Seite 6

**Demokratiepreis**
Wie Rot-Rot-Grün linksextreme Gewalttäter mit Steuergeld belohnt
Seite 6

## Barbarei

➔ 2019 wird für Thüringen ein Superwahljahr sein, eigentlich ein Fest der Demokratie. Wir wählen die Kommunalparlamente, Ortsteilbürgermeister und Ortsteilräte, das Europäische Parlament und schließlich den 7. Thüringer Landtag. Im Idealfall geht es dabei um den Wettstreit um die besten Konzepte für unsere Kommunen, Ortsteile, Europa und unseren Freistaat. Die Versuchung, die politischen Mitbewerber dabei zu dämonisieren, ist freilich groß. Deshalb war es kein guter Auftakt für das Wahljahr, als die LINKE-Fraktions- und Landesvorsitzende diesen Herbst behauptete, Thüringen habe die Wahl zwischen Bodo Ramelow und der Barbarei. Der Barbar war im Altertum derjenige, dessen Sprache man nicht verstand. Sprachgeschichtlich wurde daraus eine abwertende Bezeichnung für das Fremde. Ein diskriminierender Begriff also. Und das aus einer politischen Richtung, die sich sonst viel darauf einbildet, gegen jede Form von Diskriminierung zu sein. Schrille Töne kommen auch von rechts außen, wenn der Thüringer AfD-Fraktions- und Landesvorsitzende die Konkurrenz als Hysteriker, Schizophrene oder Psychopathen niedermacht. Ein guter Vorsatz ist mir für das neue Jahr daher besonders wichtig: Ich will mich von dieser Art politischer Auseinandersetzung nicht anstecken lassen. Demokratisch gewählte Politiker sollten sich wechselseitig zubilligen, das Beste für unser Land zu wollen. Denn wenn wir alle miteinander nicht mehr reden, urteilen, ohne zuzuhören, gar glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben, dann geraten wir tatsächlich auf eine gefährlich abschüssige Bahn. Und die führt dorthin, wo wir nie hin wollten: in die Barbarei.

# Zentrale Unterbringung ausländischer Intensivtäter

**Wieso kann man nicht durchsetzen, dass sich diese** jungen Männer nachts in den Unterkünften aufhalten?

Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender der
Deutschen Polizeigewerkschaft

Ausländische Intensivtäter sollen in Sammelunterkünften untergebracht und überwacht werden. Dafür hat sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, im Gespräch mit der DruckSache und Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring ausgesprochen. In dem Doppelinterview wandten sich Wendt und Mohring auch dagegen, die Befugnisse der Polizei einzuschränken, so wie es die rot-rot-grüne Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich vorsieht. Beide befürchten, dass die Linkskoalition in einer Landtagsenquetekommission zu Rassismus und Diskriminierung dafür Weichen stellen will.
Mohring bezeichnete es als „pures Gift für das Zusammenleben" wenn Intensivtäter die öffentliche Wahrnehmung prägen und „ganze Kleinstädte in Atem halten". Die CDU-Fraktion hat daher einen Sonderstab der Landesregierung gefordert, der die Abschiebung für diesen Personenkreis beschleunigen soll. Mit Wendt stimmt er darin überein, dass die Problemfälle in Aufnahmeeinrichtungen wie den AnKER-Zentren verbleiben sollen.

„Wieso kann man nicht durchsetzen, dass sich diese jungen Männer nachts in den Unterkünften aufhalten und sich an- und abmelden, wenn sie eine solche Einrichtung verlassen wollen?", fragt der Polizeigewerkschafter.
Mit Sorge sieht er wie Mohring, dass Rot-Rot-Grün Befugnisse der Polizei eher einschränken als ausbauen will und dabei selbst vor unbegründeten Rassismusvorwürfen nicht zurückschreckt. Die Behauptung, dass die Polizei Menschen nur aufgrund ihrer Herkunft und ihres Aussehens kontrolliere, wies Wendt zurück. Auch für den CDU-Fraktionsvorsitzenden baut die Linkskoalition im Landtag mit entsprechenden Behauptungen „einen Popanz auf". Seine Fraktion werde alles dafür tun, dass die Rechte der Polizei nicht eingeschränkt werden. Gemeinsam mit Wendt warb er dafür, die Polizeibeamten endlich mit Schulterkameras (sogenannten Body Cams) auszustatten, die Einsätze dokumentieren. „Wer damit rechnen muss, dass er gefilmt wird, ist zurückhaltender. Diese Kameras helfen wirklich, Gewalt gegen Polizisten zu verhindern", erläuterte Wendt den Vorzug dieser Ausrüstung. Zu mehr als einem weiteren Pilotprojekt kann Rot-Rot-Grün sich jedoch nicht durchringen, obgleich ein solches bereits den Nutzen der Body Cams erwiesen hat. (Seiten 4 und 5)

# Aus der Fraktion

## Neu an der Spitze des Landtags

Vier Jahre lang hat sich Birgit Diezel ihrer Familie und verschiedenen Ehrenämtern gewidmet. Anfang Dezember ist die Geraerin nun in die CDU-Landtagsfraktion zurückgekehrt. Auf deren Vorschlag wurde Diezel zudem im Dezemberplenum zur Präsidentin des Thüringer Landtags gewählt. Das protokollarisch höchste Amt im Freistaat hatte Birgit Diezel bereits zwischen 2009 und 2014 bekleidet und dabei parteiübergreifend viel Zustimmung für ihre unaufgeregte, sachliche Amtsführung erfahren. Als Chefin der Landtagsverwaltung leitet sie künftig die Landtagssitzungen und ist dafür verantwortlich, dass das Gesetzgebungsverfahren geordnet abläuft.

## Ganz auf Europa konzentrieren

Die Erfurter CDU-Abgeordnete Marion Walsmann hat ihr Landtagsmandat niedergelegt. Als Spitzenkandidatin der Thüringer Union für die Europawahl im Mai begründet sie ihren Rückzug aus der Landtagsarbeit mit dem Zeitaufwand für den Wahlkampf. Für die 55-jährige Juristin ist „Europa kein Projekt für Eliten, sondern entscheidet ganz konkret über unsere Chancen hier vor Ort." Mehr denn je komme es darauf an, dass wir uns dem Einfluss von Nationalisten und Skeptikern entgegenstemmen, um das großartige Projekt Europa zum Erfolg zu führen.

Ein rot-rot-grünes Paritätsgesetz würde die Rechte der Parteien beschneiden

# Quotendiktat schädigt die Demokratie

Parteien sollen selbst entscheiden dürfen, ob und in welcher Form Männer und Frauen für politische Wahlen kandidieren. „Wir dürfen gesetzlich nicht gezwungen werden, Wahllisten abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen", sagt der gleichstellungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Henry Worm, zu entsprechenden Überlegungen von Rot-Rot-Grün in Thüringen. Worm sieht darin „ein Quotendiktat, durch das der politische Wettbewerb und damit die Demokratie verkürzt wird".

Seiner Auffassung zufolge soll es Angelegenheit der Parteien bleiben, bei der Aufstellung von Wahllisten auf Quotenregelungen zurückzugreifen. „Die Aufstellung von Listen bietet die Möglichkeit, politische Prioritäten und Haltungen zu verdeutlichen. Wir sollten sie nicht beschneiden", sagte der Abgeordnete. Parteien würden und wollten auch andere Kriterien als die des Geschlechts berücksichtigen. Aus dem verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbot lässt sich nach Auffassung der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag kein gesetzlicher Zwang zur paritätischen Aufstellung von Wahllisten ableiten. Für Worm ist das Gesetzgebungsvorhaben ein weiteres Beispiel dafür, „dass der notwendige Einsatz für die Gleichberechtigung der Geschlechter in Bevormundung umschlägt. Die Überzeugung, dass Frauen und Männer möglichst in allen beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen zu gleichen Teilen vertreten sein müssen, kann man haben, als verbindliches Leitbild bekommt sie ideologische Züge", so der Abgeordnete. Er verwies darauf, dass längst nicht alle Bürgerinnen und Bürger diese Ansichten teilen „und das Lebensentwürfe bunter und vielfältiger sind, als den Verfechtern einer schematischen Gleichberechtigung lieb ist".
Der gleichstellungspolitische Sprecher hält es dessen ungeachtet grundsätzlich für erstrebenswert, dass sich Frauen und Männer politisch engagieren. Dies sei in der Union, wie etwa die Wahl Birgit Diezels zur Landtagspräsidentin oder die Spitzenkandidatur Marion Walsmanns für die Europawahl zeige, gelebte Praxis.

# Forst-Reportage

## Vernichtete Fichten

Mit einem Bein stützt sich der Bad Salzunger Forstamtsleiter Jörn Uth gegen den Hang unterhalb des Kissels, während sich aus der Ferne die Fahrgeräusche von der B19 mühsam durch das kalte Dezembergrau kämpfen. Vor einem Jahr stand hier noch dichter Fichtenwald. Heute ragen nur noch Stümpfe aus dem Boden, wie abgetrennte Gliedmaßen auf einem Schlachtfeld. Zahllose aufgeklappte Wurzelteller haben klaffende Wunden in den Waldboden gerissen, die aussehen wie Bombentrichter. Stehengeblieben sind nur noch ein paar einsame Birken, die sich durchs Erdreich bohren wie weiß schimmernde Speere, die ihr Ziel verfehlt haben.
Das Waldstück oberhalb des Örtchens Waldfisch war dieses Jahr Schauplatz gleich mehrerer großer Schlachten. Keine davon ging gut aus für die Fichte.
Das Unheil nimmt seinen Lauf, als am 18. Januar das Orkantief Friederike heranstürmt und Wurfschäden von mehreren zigtausend Festmetern Holz anrichtet. Dann, auf den Tag genau zwei Monate später, kündigt sich das Hochdruckgebiet Irenäus an. Mit Windstärke 4 eigentlich nur ein laues Lüftchen, nimmt es ausgerechnet hier, am Südwestabhang des Thüringer Waldes, durch eine meteorologische Besonderheit massiv an Fahrt auf. „Der Sturm hat wie ein Staubsauger innerhalb von wenigen Augenblicken auf Orkanstärke beschleunigt und dann vor nichts mehr haltgemacht”, erinnert sich Uth.
Die wachen Augen des hochgewachsenen 59-Jährigen wandern hin und her, landen schließlich auf einem Fichtenstumpf, der – entgegen der üblichen Fallrichtung bei Stürmen – nach Südwesten zeigt. „Irenäus kam aus Nordosten. Darauf sind die Bäume in ihrem Wuchs nicht eingestellt“, erklärt er. Es fallen so viele Bäume, dass hiesige Unternehmen bald nicht mehr in der Lage sind, der Holzmassen Herr zu werden. Uth engagiert Firmen aus einem Umkreis von 150 Kilometern, um im nun einsetzenden Wettlauf mit dem Borkenkäfer nicht den Anschluss zu verlieren.
Und doch: Es bleibt ein ungleiches Rennen. Denn auf die Stürme folgt der trockenste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. „Die Fichten haben kein Tröpfchen Wasser mehr gefunden im Oberboden”, beschreibt Uth das Leiden der klimasensiblen Flachwurzler. Durch die Trockenheit stehen sie besonders unter Stress, haben nicht mehr genug Kraft, Harz als Abwehrstoff zu bilden. Verschärft wird die Situation durch ein Samenjahr, das zur Unzeit kommt. Als Ende April die Autos unter einer Schicht gelber Fichtenpollen verschwinden, ist es schon zu spät. Die Natur hat da längst entschieden, all ihre Energie in die Samenbildung zu lenken – und spricht so das Todesurteil für unzählige Fichten. „Ausgerechnet in einer Dürreperiode musste die Fichte ihre Kräfte für die Blüte und die Samenbildung aufbringen. In diesem Jahr war das tödlich”, erklärt Uth, während seine Stimme angemessen dramatisch von einer einsam durch den Wald kreischenden Kettensäge untermalt wird. Millionen von Borkenkäfern schwirren in diesem Sommer durch den Wald und finden auf den wehrlosen Fichten beste Fraß- und Vermehrungsbedingungen vor. So schafft es der Schädling auf drei statt nur auf zwei Käfergenerationen – die Größe der Population potenziert sich.
Die durch Stürme, Trockenheit und Borkenkäfer zerstörten Waldflächen summieren sich in den Revieren des Forstamts, die sich von der Hohen Rhön bis in den Thüringer Wald erstrecken, schon jetzt auf 240 Hektar; Jörn Uth rechnet damit, dass durch das weitere Wirken des Borkenkäfers am Ende 250 bis 300 Hektar aufzuforsten sind.
Mit großen Schritten stapft Uth jetzt den Hang hinauf. „Ich muss was tun. Ich muss hier wieder Wald hinbringen”, ruft der Forstamtsleiter, während er sich hinter das Steuer seines SUVs schwingt und über die Kisselstraße zur nächsten Schadfläche braust. Endlose Wälle aus Stämmen, sogenannte Holzpolter, säumen den gut gepflegten Forstweg. Fast wie Felswände wirken die bis zu vier Meter hohen Ungetüme, als sei die Fahrspur tief in den Berg gefräst worden. Sind sie bis Ende April nicht abtransportiert, muss begiftet werden, um den dann ausschwärmenden Käfern nicht erneut ein Festmahl zu bereiten. Doch noch immer arbeiten die Sägewerke am Anschlag, die Holzpreise fallen ins Bodenlose. ThüringenForst, die als Anstalt öffentlichen Rechts den Wald in Form von 24 Gemeinschaftsforstämtern managt, bereitet der übersättigte Holzmarkt große Sorgen, sie lebt fast ausschließlich vom Holzverkauf.
Trotz angespannter Finanzlage müssen die Kahlflächen wieder bepflanzt werden – was Uth vor eine Grundsatzentscheidung stellt: Sparen, und den Bewuchs der Natur überlassen? Oder viel Geld in die Hand nehmen und die Reviere für die nächsten hundert Jahre zukunftsfest aufstellen?
Uth hält an und steigt aus seinem mittlerweile schlammfarbenen Fahrzeug. Ein Kolkrabe krächzt nachdrücklich, während Uths Blick den Horizont entlang wandert, in den von unten das zackige Muster endloser Nadelbäume ragt. „Wir können nicht darauf warten, dass uns die Natur hier wieder alles mit Fichten zuweht.“ Stattdessen sollen es Vogelkirsche, Lärche, Douglasie und dazwischen ein paar tiefwurzelnde Weißtannen richten. „Auch wenn uns die Bepflanzung viele tausend Euro pro Hektar kostet und jahrelange Pflege erfordert: Wir brauchen Mischwälder mit Baumarten, die den klimatischen Bedingungen, die auf uns zurollen, auch gewachsen sind.”

Von Felix Voigt

# Innere Sicherheit

**Die Wirksamkeit der Body Cams ist erwiesen und die umgehende Einführung geboten.**

Eine weitere Testphase ist einzig und allein dem abgrundtiefen Misstrauen der LINKEN gegenüber unseren Polizisten geschuldet.

Wolfgang Fiedler,
innenpolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag



**„Ob ein deutscher Staatsangehöriger Migrationshintergrund hat oder nicht,**

darf bei der Auswahl von Beamten keine Rolle spielen.

Christian Herrgott,
migrationspolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion im Thüringer
Landtag

# „Der Teamgeist der Polizei hat keine Hautfarbe.“

**Ein Gespräch über die Polizei und die innere Sicherheit in Thüringen, ausländische Intensivtäter und rot-rot-grüne Hirngespinste.**

Ein Portrait über Rainer Wendt und seine Arbeit finden Sie im Internet unter: **www.drucksac**

**Mohring trifft:**

## Rainer Wendt, den Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG)

**Im Allgemeinen fühlen sich die Bürger in Deutschland zwar sicher. Doch laut Forsa gaben im Frühjahr 2018 dennoch 44 Prozent der Befragten an, sie würden sich heute weniger sicher als noch vor wenigen Jahren fühlen. Woran liegt das?**

Wendt: Da kommt einiges zusammen. Zum einen gab es ja tatsächlich spektakuläre Gewaltakte, auch Terror. Zum anderen verbreiten sich Nachrichten über Verbrechen durch die Sozialen Medien heute viel schneller und vor allem weiter. Was früher ein lokales Ereignis war, ist jetzt plötzlich ein nationales. Und dann hat auch die Präsenz der Polizei auf der Straße abgenommen.

Mohring: In der Tat leben wir in einem sehr sicheren Land. Die Zahl der Straftaten hat sich nicht gravierend verschoben und die Aufklärungsquote ist hoch. Doch man kann auch nicht daran vorbeisehen, dass die Aggressivität insgesamt gewachsen ist, auch gegenüber Polizisten und Rettungskräften.

Wendt: Nicht allein gegenüber diesen Kräften, sondern gegenüber öffentlichen Bediensteten insgesamt. Das weist für mich auch auf einen Autoritätsverlust des Staates insgesamt hin. Wir brauchen eine Erziehung zur Rechtstreue.

**Für nicht wenige Bürger verbindet sich die wachsende Verunsicherung mit dem gewachsenen Anteil an Ausländern, die als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.**

Mohring: Ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik für Thüringen kann man daran nicht vorbeisehen. Während der Anteil der Ausländer an allen Tatverdächtigen 2013 noch bei gut sechs Prozent lag, liegt er aktuell bei rund 14 Prozent, obwohl nur vier Prozent der Thüringer Wohnbevölkerung keinen deutschen Pass haben. Bei der Gewaltkriminalität ist das Missverhältnis noch augenfälliger. Vor fünf Jahren war in Thüringen nicht einmal jeder zehnte Tatverdächtige Ausländer, heute ist es gut jeder vierte.

Wendt: Ein anschauliches Beispiel sind Messerattacken. Bei diesen Delikten sind junge Männer aus einigen afrikanischen Regionen oder Nahost deutlich überrepräsentiert, weil sie ihre Messerkultur mit nach Deutschland bringen. Ausdrücklich füge ich hinzu: Sie sind es aber nicht allein.

**Das Problem beschreiben ist das eine, es zu lösen etwas anderes. Was kann man tun?**

Wendt: Man kann zum Beispiel die Möglichkeiten erleichtern, Gefahrengebiete auszuweisen, in denen dann leichter verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt werden dürfen. Und wenn es so schwer ist, ausländische Intensivtäter abzuschieben, dann muss man eben darüber nachdenken, wie man sie sicher unterbringen kann. Zum Beispiel in den AnKER-Zentren. Wieso kann man nicht durchsetzen, dass sich diese jungen Männer nachts in den Unterkünften aufhalten? Dass sie sich an- und abmelden, wenn sie eine solche Einrichtung verlassen. Jedem Wehrdienstleistenden wurde das auch abverlangt.

Mohring: Die zentrale Unterbringung wäre vor allem deshalb wichtig, weil die öffentliche Wahrnehmung von Intensivtätern bestimmt wird, die ganze Kleinstädte in Atem halten. So war das auch in meiner Heimatstadt Apolda. Das ist pures Gift für das Zusammenleben. Es ist absolut unverantwortlich, dass die rot-rot-grüne Landesregierung solche Risikopersonen im ganzen Land verteilt. Damit wird auch die Mehrheit der friedlichen Ausländer in Misskredit gebracht, die sich integrieren wollen.

**Die CDU hat deshalb in der letzten Landtagssitzung vor Weihnachten ja auch die Einrichtung eines Sonderstabs im Thüringer Migrations- und Justizministerium gefordert, der für zügigere Abschiebungen bei Problemfällen sorgen soll.**

Mohring: Wir haben uns da von der grün-schwarzen Regierung in Baden-Württemberg anregen lassen. Dort gibt es bereits seit Anfang 2018 einen „Sonderstab gefährliche Ausländer", bei dem die Fäden zusammenlaufen und der sehr erfolgreich arbeitet. Ausländische Intensivtäter, Gefährder und Integrationsverweigerer haben in Deutschland nichts verloren.

Wendt: Das geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Denn es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich einer Abschiebung zu widersetzen. Schon dass Abschiebungen angekündigt werden müssen, ist für manche doch fast so wie eine Aufforderung, unterzutauchen. Beteiligt sind vier Behörden auf sämtlichen Verwaltungsebenen. Ich gehe noch weiter: Für diese erwähnte, besonders problematische Gruppe sollte nach meiner Überzeugung die Zuständigkeit vollständig auf den Bund übertragen werden.

**Lassen Sie uns noch einmal einen Blick auf die Polizei selbst werfen. Als Schutz im Einsatz werden allenthalben sogenannte Body Cams gepriesen. Kleine Schulterkameras, die Einsätze dokumentieren. Rot-Rot-Grün in Thüringen steht auf der Bremse. Warum?**

Mohring: Wir als CDU-Fraktion fordern die Body Cams schon lange. Der Innenminister würde sie eigentlich gern einführen, aber die LINKE will nicht. Der in diesem Fall wirklich faule Kompromiss: Ein weiteres Pilotprojekt nach einem bereits erfolgreichen Ersten. Die Hardcore-Sozialisten haben sich mit ihrem krankhaften Misstrauen gegen die Polizei wieder einmal durchgesetzt.

Wendt: Das ist bedauerlich. Die Body Cams werden jetzt eigentlich überall eingeführt. Denn eines hat sich ganz klar gezeigt: Wer damit rechnen muss, dass er gefilmt wird, ist zurückhaltender. Diese Kameras helfen wirklich, Gewalt gegen Polizisten zu verhindern. Das gleiche gilt übrigens für Elektroimpulsgeräte, sogenannte Taser. Wird deren Einsatz durch einen Warnton angekündigt, ist die Bedrohung meist zu Ende, bevor sie entsteht. Leider macht jedes Land sein eigenes Ding. Jedes Polizeiaufgabengesetz ist anders.

Mohring: Diese Geräte in Thüringen zu testen, hat Rot-Rot-Grün leider auch abgelehnt. Ich hoffe sehr, dass die Ramelow-Regierung nicht auch noch das Polizeiaufgabengesetz verpfuscht. Die wollen tatsächlich die Befugnisse der Polizei reduzieren, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Diese Koalition ist ein Sicherheitsrisiko.

**Allzu viel Grund zu Optimismus besteht da aber nicht. Zurzeit berät eine Enquetekommission des Landtags Maßnahmen gegen angeblichen Rassismus in der Polizei und gegen sogenanntes „Racial Profiling"…**

Wendt: Da geht es um die Behauptung, die Polizei kontrolliere Menschen nur aufgrund ihrer Herkunft und ihres Aussehens häufiger als andere. Das ist absoluter Quatsch, denn das ist verboten und findet auch nicht statt. Ob eine Person kontrolliert wird, hängt zum Beispiel davon ab, wie sie sich verhält, mit wem sie wie unterwegs ist, was sie mitführt. Das alles wird eingeschätzt, nach Erfahrungswerten und dem gesunden Menschenverstand. Dass Rot-Rot-Grün damit ein Problem hat, kann ich verstehen. Es ist doch völlig klar: Rassisten gehören nicht in die Polizei.

Mohring: Wir haben mit dieser Landtagskommission, die Diskriminierung und Rassismus untersuchen soll, große Bauchschmerzen. Statt am einzelnen Menschen anzusetzen und ihn zu Respekt und Toleranz zu erziehen, wie wir das für richtig halten, wittern Linke überall in den staatlichen Strukturen „Rassismus". Da baut Rot-Rot-Grün einen Popanz auf. Das Ergebnis dieser Hirngespinste sind Misstrauen und Gängelei. Wir werden alles tun, damit das nicht auch noch zum Gesetz wird.

**Wie wäre es denn, mehr Polizisten mit Migrationshintergrund einzustellen, so wie Rot-Rot-Grün das vorschlägt? Das würde derartigen Vorwürfen doch auch das Wasser abgraben?**

Wendt: Polizisten, die nicht seit Generationen deutscher Herkunft sind, gehören in vielen Bundesländern ganz selbstverständlich zur Polizei. Im polizeilichen Alltag macht das keinen Unterschied und darf auch keinen machen, denn für jeden Beamten gelten Recht und Gesetz. Der Teamgeist der Polizei hat keine Hautfarbe. Dass ein Polizeibeamter bestimmte Milieus und Mentalitäten kennt, ist dabei natürlich nicht von Nachteil. Als Vorsitzender einer Gewerkschaft sage ich aber auch: Einstellungen gibt es nicht nach Quoten, sondern nach Befähigung und Eignung.

Mohring: Das ist der entscheidende Punkt. Wer einen deutschen Pass hat, kann auch Polizist werden. Bewerber sind willkommen, denn bei der Ausbildung von Polizeibeamten hinkt Thüringen hinterher. Am Ende geht das Leben doch ganz praktisch: Die jungen Männer und Frauen müssen auf diesen Berufsweg hingewiesen und ermutigt werden, sich für die Laufbahn zu bewerben. Und dann läuft der übliche Auswahlprozess ab, ohne Ansehen der Person. Tatsache ist aber auch, dass diese Gruppe in Thüringen sehr klein ist.

**Herr Wendt, Herr Mohring, ich danke für das Gespräch.**


## IMPRESSUM

**Herausgeber**
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**Chefredaktion & V.i.S.d.P.**
Dr. Karl-Eckhard Hahn

**Telefon (Fax)**
0361 3772-218 (520)

**Internet**
www.cdu-landtag.de

**E-Mail**
pressestelle@cdu-landtag.de

**Auflage**
1,1 Millionen

**Fotos**
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

**Karikatur**
Bernhard Schauer

**Text & Fotoauswahl**
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

**Satz & Gestaltung**
Leography.com

**Druck**
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

# Aus der Fraktion

©REUTERS/ FABRIZIO BENSCH - stock.adobe.com

## Thüringer Steuergeld für Unterstützung linksextremer Gewalttäter

Sie ist die mitgliederstärkste linksextreme Organisation Thüringens. Sie sieht im demokratischen Rechtsstaat ein „Willkürregime“. Sie versucht die Aufklärung von Gewalttaten und anderen Straftaten zu verhindern – und sie profitiert jetzt vom „Demokratiepreis“ des Freistaats Thüringen. Die Rede ist von der „Roten Hilfe e.V.“, die seit Jahren regelmäßig im Verfassungsschutzbericht des Landes auftaucht. Was ist passiert? Thüringens Sozialministerin Heike Werner (LINKE) hat den „Antifaschistischen und Antirassistischen Ratschlag Thüringen“ für den Demokratiepreis 2018 des Freistaats vorgeschlagen. Bildungsminister Helmut Holter (LINKE) zeichnete den Ratschlag, der von der Roten Hilfe mitgetragen wird, mit einem dritten Preis aus. Und ein Teil des Preisgeldes wanderte umgehend wohin? Zur Roten Hilfe.

Raymond Walk, Innenpolitiker der CDU-Fraktion, hält es für „absurd, wenn die Landesregierung eine Organisation auszeichnet, zu der linksextreme Gruppierungen gehören“. Jedes Verständnis fehlt ihm, dass die Rote Hilfe sich auf diese Weise auch noch die Kasse füllt. Die Preisverleihung trage „dazu bei, dass die Grenzen zum Linksextremismus immer weiter aufgeweicht werden.“ Erst jüngst habe die Rote Hilfe zwei wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte sogenannte Antifaschisten unterstützt.

©womue - stock.adobe.com

## Zahl der Windräder könnte sich verdreifachen

Zum Jahresende macht die rot-rot-grüne Landesregierung Bürgern und Unternehmen noch einmal ein Weihnachtsgeschenk, was diese teuer bezahlen müssen. Mit dem Klima-Gesetz behauptet die Ramelow-Regierung die Stärkung der alternativen Energieträger voranzutreiben. „Das klingt harmlos, tatsächlich aber bedeutet es die gesetzlich verordnete Verdreifachung der Windvorrangflächen im Land“, so der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Gruhner.

Der Unionsabgeordnete verweist auf einen Beschluss beim jüngsten CDU-Bundesparteitag, auf dem sich die Partei der Forderung der Thüringer Landtagsfraktion angeschlossen hat, die Privilegierung von Windkraftanlagen im Baugesetzbuch zu streichen. Diese hatte den massiven Ausbau der Windenergie in den letzten Jahren ermöglicht. „Die Windenergie ist ihren Kinderschuhen entwachsen. Eine Privilegierung ist aus unserer Sicht nicht mehr gerechtfertigt“, lobte Gruhner den Beschluss, der einen maßvollen Ausbau der Windkraft zum Ziel habe. „Durch diese Streichung hätten die betroffenen Kommunen endlich ein wirksames Mitentscheidungsrecht und somit die Möglichkeit, sich gegen Windparks vor ihrer Haustür durchzusetzen“, so der CDU-Politiker. Rot-Rot-Grün hatte eine entsprechende Forderung der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag zuletzt abgelehnt.

©olgachov - istockphoto.com

# Thüringer Schulsystem vor dem Totalumbau

„Der Schulgesetzentwurf der Landesregierung ist ein Frontalangriff auf das erfolgreiche Thüringer Schulsystem." Mit diesen Worten hat der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner, den Entwurf der Landesregierung für ein neues Schulgesetz abgelehnt. Zwar enthalte der jetzige Gesetzentwurf nach Protesten von Verbänden und Praktikern inzwischen zahlreiche Änderungen, so der CDU-Politiker weiter. „Die dahinter stehenden strategischen Ziele der Schließung kleiner Schulstandorte im ländlichen Raum, der Etablierung eines Einheitsschulsystems und der Zerschlagung der Förderschullandschaft bleiben jedoch erhalten", so Tischner. Der Bildungspolitiker machte deutlich, dass die CDU-Fraktion eine völlig andere Vorstellung von einem modernen, leistungsfähigen und differenzierten Bildungssystem hat. Die individuelle Förderung des Einzelnen, das Zutrauen in seine persönlichen Fähigkeiten und Anstrengungen sowie das jederzeitige Offenhalten des Weges zu besserer Bildung seien Ausdruck dieses Verständnisses. „Dazu braucht es auch künftig Förderschulen, an denen Schülerinnen und Schüler nach ihren Bedürfnissen lernen können. Und es braucht wohnortnahe Schulen als Teil eines differenzierten Systems, das jedes Kind bestmöglich fördert", sagte Tischner. „Eine so umfassende Schulgesetzreform, wie sie die Landesregierung plant, ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig verfehlt. Hunderte Thüringer Schulen werden in Standortdebatten gedrängt. Die Thüringer Schulen sind durch den Lehrermangel an der Belastungsgrenze angelangt, so dass zusätzliche Aufgaben das System zum Kollabieren bringen können", warnte der CDU-Bildungspolitiker. Die Landesregierung wolle mit dem Gesetzentwurf die Thüringer Schullandschaft radikal umbauen. Nur so erkläre sich auch die weitere Bevorzugung der Thüringer Gemeinschaftsschule gegenüber den anderen Schularten, so Tischner weiter. „Rot-Rot-Grün sieht die Zukunft des Thüringer Schulsystems ganz klar in großen Schulzentren, nicht mehr in der kleinen Dorfschule. Dafür gibt es weder die Bedingungen vor Ort, noch ist diese Entwicklung im Sinne von Eltern, Schülern und Lehrern."

# Land will nachträglich keine Indentitäten feststellen lassen

Trotz des ideologisch motivierten Einspruchs der rot-rot-grünen Landesregierung aus Thüringen hat die Länderkammer das vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes passieren lassen. Es verpflichtet Schutzberechtigte, an der nach drei Jahren anstehenden Überprüfung des Schutzstatus mitzuwirken, indem etwa Urkunden, Pässe und Unterlagen vorgelegt werden. Das Bundesinnenministerium hatte zuvor erklärt, dass nur 34 Prozent der in diesem sogenannten Widerspruchs- und Rücknahmeverfahren Angeschriebenen der Aufforderung nachgekommen seien, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorstellig zu werden. Bisher gibt es keine gesetzliche Mitwirkungspflicht.
Anders als von der CDU-geführten Bundesregierung vorgebracht, hatte Thüringens grüner Justizminister Dieter Lauinger im Bundesrat durchsetzen wollen, diese Überprüfung für Flüchtlinge abzuschaffen. In den Verfahren wird erneut geprüft, ob Fluchtgründe fortbestehen, die zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus geführt haben. Vielfach wird durch die Vorlage von Dokumenten auch erst jetzt die Identität von Flüchtlingen endgültig geklärt.
Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat das Vorgehen des Kabinetts Ramelow abgelehnt. „Wenn nur ein Drittel der Schutzberechtigten in den Verfahren mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kooperiert, muss der Gesetzgeber handeln", macht der migrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Herrgott deutlich.
Lauingers Argument, wonach weniger als einem Prozent der bisher Überprüften der Schutzstatus wieder entzogen wurde, ist für Herrgott nicht stichhaltig. „Mitgewirkt haben bisher vermutlich eher jene, die nichts zu befürchten haben", so der CDU-Landtagsabgeordnete.
Wiederholt sind im Zusammenhang mit Straftaten von Flüchtlingen auch Mehrfachidentitäten bekannt geworden. Der Bürger aber habe das Recht zu wissen, wer sich in unserem Staatsgebiet aufhalte und wer unsere Gastfreundschaft genieße.

©REUTERS / Michael Dalder - stock.adobe.com

# Das haben wir vor Ort erreicht

## Raymond Walk

Wahlkreisbüro
Georgenstraße 27
99817 Eisenach
www.raymondwalk.de

Sich vor Ort zu Hause fühlen und mit den eigenen Projekten aktiv an der Gesellschaft teilhaben, das ist der Wunsch vieler Menschen. Ein Wunsch, den sich Bürger mit ehrenamtlichem aber auch beruflichem Engagement erfüllen. Mit den Formaten „Walk im Gespräch“, einer Dialogreihe mit verschiedenen Partnern, oder „Walk vor Ort“, einer Reihe, bei der ich Unternehmen im ganzen Wahlkreis besuche, möchte ich auf diese Menschen aufmerksam machen. Dabei besuche ich Vereine, ebenso wie Theater und Firmen. Bei „Walk im Gespräch“ trete ich mit Vertretern der Kirche, mit Ehrenamtlichen aus Feuerwehren oder Selbsthilfegruppen in den Dialog. Es ist mir wichtig, dass ich nahe an jenen bin, die unsere Heimat zu dem machen, was sie ist. Und dass die Bürger, die sich in besonderer Weise engagieren, den Respekt und die Anerkennung bekommen, die sie verdienen.

## Christine Lieberknecht

Wahlkreisbüro
Markt 3a · 99510 Apolda
www.christine-lieberknecht.de

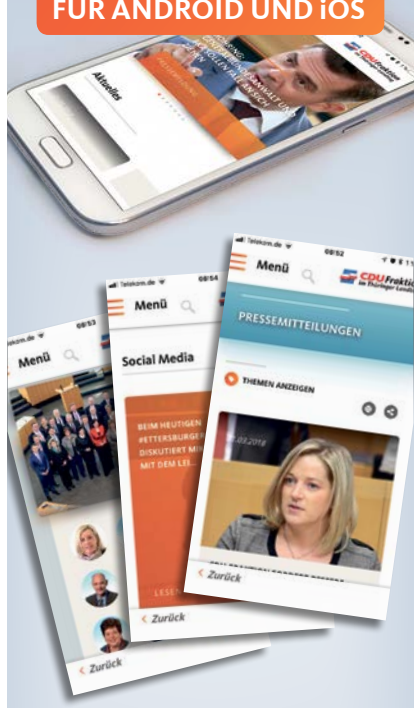
Thüringen ist Orgelland. Umso schmerzlicher wiegt der vielerorts beklagenswerte Zustand der Königin der Instrumente. Und dort, wo Interessierte beherzt die Initiative zu ihrer Rettung ergreifen, sind oft hohe Geldbeträge notwendig. So auch für die Weißhaupt-Peternell-Orgel in Buttelstedt. Gern übernahm ich in den vergangenen Jahren die Schirmherrschaft über die Aktivitäten zur Rettung der Orgel, begleitete Benefizkonzerte, warb bei geeigneten Institutionen und Sponsoren, beteiligte mich an den entstandenen Netzwerken zum Gelingen des Projekts und nutzte im Rahmen meiner Mandats- und Wahlkreisarbeit eigene Möglichkeiten zur Akquise zusätzlicher Spenden. Groß war die Freude, als am 22. September diesen Jahres die komplett sanierte Orgel wieder erklang. Ein großartiges Gemeinschaftswerk hatte diesen wunderbaren Erfolg ermöglicht.

## Maik Kowalleck

Wahlkreisbüro
Obere Straße 17
07318 Saalfeld
www.maik-kowalleck.de

Als Vater von zwei Kindern weiß ich, wie wichtig es ist, dass Kinder sich gesund ernähren und auch in der Schule regelmäßig trinken – und zwar möglichst keine stark zuckerhaltigen Getränke aus dem Automaten. Das gilt besonders beim Sport und beim Toben im Sommer. Deshalb habe ich vor genau fünf Jahren das „Schulprojekt Trinkbrunnen“ ins Leben gerufen. Mittlerweile wurde schon an zehn Schulen in Saalfeld und im ländlichen Raum meines Wahlkreises ein solcher Brunnen installiert, weitere sind in Arbeit. Doch ohne die Unterstützung und die Zusammenarbeit von Schülern, Pädagogen und großzügigen Förderern wären solche Projekte nicht durchführbar. Es ist mir deshalb besonders wichtig, an dieser Stelle allen „Danke“ zu sagen, die bei der Finanzierung, der organisatorischen und praktischen Umsetzung der Projekte tatkräftig mitgeholfen haben.


DIE OFFIZIELLE APP
DER CDU-FRAKTION IM
THÜRINGER LANDTAG
FÜR ANDROID UND iOS




Laden im App Store

JETZT BEI Google Play


| | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Siegespokal beim Sport | | Staat der Westindischen Inseln | | Platz, Stelle | das klassische Altertum | Herumtreiber, Landstreicher | | Sieger, Bester | spanisch: Fluss | | Haarknoten | Kartenspiel | | nur geistig vorhanden | | Schwermetall |
| Zeitmesser | | | | Dienstschwur | | | | | | 7 | | Gewichtseinheit (Kzw.) | | | 3 | |
| | 1 | | | | | germanisches Schriftzeichen | | gefüllte, gerollte Fleischscheibe | | | | | | | | Ausruf der Verwunderung |
| Gartengerät zum Erdaushub | weibliches Haustier | | höchste Spielkarte | Begleitmannschaft, Gefolge | | | 2 | | | franz. unbestimmter Artikel | | Wirkstoff im Tee | | | | |
| Zustand, Entwicklungsstufe | | | | | | | | Signalhorn (ugs.) | | | | | linker Nebenfluss des Neckars | | Abk. für oben angeführt | |
| | | 4 | | aus einer weichen Masse formen | | | | | | | haltbare Chemiefaser | | | | | |
| Getreideart, Kukuruz | | Wurf-, Sportgerät | | | | 6 | | Antrieb, Verlockung | | | | 5 | mäßig warm | | | |

**Lösungswort** 1 2 3 4 5 6 7

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsente-Set bestehend aus einem Bluetooth-Lautsprecher und einer hochwertigen Porzellan-Kaffeetasse aus dem Hause Kahla. Einsendeschluss ist der **14. Januar 2019**. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

**E-Mail:**
quiz@cdu-landtag.de oder

**Postadresse:**
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der November-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Altenpflege“. Zu gewinnen gab es damals eine Powerbank für das Smartphone und eine Porzellan-Kaffeetasse aus dem Hause Kahla. Unter den richtigen Antworten als Gewinnerin gezogen wurde **Ingrid Schulz** aus Bad Berka.
Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.